

Finanztest warnt vor „Berater-Tricks“

Stiftung Warentest veröffentlicht Ratgeber zur Geldanlage – Berater kommen dabei gewohnt schlecht weg, Zertifikate auch

Die Stiftung Warentest hat einen neuen Ratgeber veröffentlicht, der Anlegern Grundwissen zur Geldanlage vermitteln soll. „Banker verstehen“ will aufzeigen, „welche Fallen den Anlegern bei der Bankberatung häufig gestellt werden“, so die Redaktion von Finanztest. Das Bild, das der Ratgeber von Anlageberatung und Beratern zeichnet, ist dabei erwartungsgemäß äußerst düster. Bankangestellte seien Verkäufer, von denen Kunden kaum eine objektive Beratung erwarten könnten, lautet eine der vielen pauschalen Aussagen. Finanztest rät Kunden deshalb, nach jedem Beratungsgespräch die Kernaussagen des Beraters nachzuprüfen. Passend dazu erklärt und bewertet der Ratgeber auf den 130 Folgeseiten 200 Finanzprodukte. Eine Rot-/Grün-Markierung soll dabei anzeigen, ob ein Produkt für Kleinanleger geeignet ist. Die Einteilung ist dabei nicht immer konsequent und nachvollziehbar. Von Airbag-Zertifikaten, die eine einfache Abfederung von Kursverlusten des



Banker verstehen
ISBN: 978-3-86851-356-1
Preis: 18,90 €
www.test.de/banker

Basiswerts bieten, wird bspw. generell abgeraten. In der Begründung heißt es, dass ein solches Papier eben gleichzeitig auch die Rendite begrenzt. Das ist auch bei Discountzertifikaten der Fall, die aber auf „grün“ stehen. Auch die als offensiver geltenden Bonuszertifikate werden als „geeignet“ eingestuft. Ebenso Aktienanleihen. Dagegen seien „Easy Express Zertifikate“, die im Grunde ein ähnliches Auszahlungsprofil wie Aktienanleihen aufweisen, mit „kaum zu überschauenden Risiken“ verbunden. Insgesamt wird von Expresszertifikaten abgeraten. Mit jedem Jahr, in dem die Auszahlung ausbleibe, erhöhe sich der Einsatz (und damit auch das Risiko), schreibt die Finanztest-Redaktion und erweckt damit den Eindruck, Kunden müssten nachzahlen, wenn das Zertifikat in die nächste Runde geht. Überhaupt hält Finanztest die meisten Zertifikate für „überflüssig“. Für Kleinanleger geeignet stuft sie dagegen unter anderem High-Yield-Fonds und Offene Immobilienfonds ein. **DZB**

Bewegung bei Selfmade-Plattformen

Mehrere Emittenten bieten mittlerweile Plattformen an, auf denen sich Kunden ihr Zertifikate selbst maßschneidern können. Dazu gehört auch die Société Générale, die ihre Plattform *SG Alpha* bereits seit einiger Zeit in der Schweiz betreibt. Jetzt hat sie sich weiter geöffnet und das Tool kann auch in Deutschland genutzt werden. Zum Start wurden zudem die Funktionen erweitert. Ab einer Anlagesumme von 50.000 Euro können angeschlossene Banken und Vermögensverwalter Echtzeit-Preise für Aktienanleihen, Discounter, Expresse und Bonitätsanleihen abfragen, konfigurieren und handeln. Als Basiswerte stehen 700 Aktien und Indizes sowie 400 Unternehmensanleihen zur Auswahl. Neuigkeiten gibt es

aber auch bei den in Deutschland bereits etablierten Plattformen. Vontobel meldet entscheidende Fortschritte beim Ausbau von *Deritrade* zur Multi-Issuer-Plattform. Nach Morgan Stanley und Société Générale haben jetzt auch die Deutsche Bank und die UBS zugesagt, ihre Produkte zur individuellen Anpassung auf *Deritrade* anzubieten. Die Integration auf der deutschen Plattform soll noch in diesem Jahr erfolgen.

Die HypoVereinsbank wiederum hat ihren Konfigurator *My.onemarkets* schon im August dem tschechischen Markt geöffnet. Außerdem wurde die Mindestanlagesumme von 20.000 auf 10.000 Euro herabgesetzt und demnächst sollen weitere Produktstrukturen aufgeschaltet werden. **DZB**

Veranstaltungen

DZB unterwegs & IKB

Deutsche Industrie erobert Emerging Markets

Der **DZB** lädt zu einer Webinarreihe mit Experten der IKB Deutsche Industriebank ein. Den Auftakt macht ein Webinar mit dem Titel „Deutsche Industrie erobert Emerging Markets“, das am 29. April um 14 Uhr stattfindet. In 45 Minuten werden Dr. Kurt Demmer und Dr. Carolin Vogt auf die Erfolge deutscher Mittelständler in den Emerging Markets eingehen. Sie zeigen dabei auf, weshalb diese Unternehmen verstärkt in den Fokus von Banken und Investoren rücken. Das Webinar ist eine Ergänzung zum Beitrag auf den Seiten 46/47 dieser Ausgabe. **DZB Webinare** sind für Abonnenten kostenlos und können bequem vor dem PC verfolgt werden.

Registrierung und Informationen unter: www.zertifikateberater.de/webinar

Börsentag ● Komprimiertes Finanzwissen bietet der erste „Börsentag kompakt“ in Leipzig. Von 9.30 bis 16 Uhr können sich Besucher am 10. Mai bei Ausstellern und Vorträgen kostenfrei informieren. Anmeldung auf www.boersentag-kompakt.de

Fachseminar ● Zum 1. August tritt das Honoraranlageberatungsgesetz in Kraft. Darüber gibt es aktuell noch weitere rechtliche Neuerungen, die die Anlageberatung betreffen. In einem Seminar der WM Gruppe am 19. Mai in Frankfurt-Eschborn werden drei Juristen zu dem neuen Gesetz sowie zu den Themen „Vergütung und Zuwendung“, „Dokumentationspflicht“, „MiFID II“ und „Informationsblätter“ referieren. Weitere Informationen und Anmeldung gibt es im Internet auf: www.wmseminare.de

Zertifikate Award Austria ● Am 15. Mai werden in Wien zum achten Mal Awards an die besten Emittenten auf dem österreichischen Markt vergeben. Veranstalter sind das Zertifikate Forum Austria und das Zertifikate Journal. Für die Vergabe der Publikumspreise läuft noch bis 30. April eine öffentliche Abstimmung auf der Seite www.zertifikateaward.at. Zu gewinnen gibt es dabei zwei Übernachtungen für zwei Personen im Balance Resort Stegersbach.

Aktuelle Urteile & Prozesse

Risikoaufklärung ● Mit Spannung wird ein Urteil des BGH erwartet, das am 29. April zwei ähnliche Fälle zur Anlageberatung abschließend klären soll. Entschieden werden muss, ob Berater bereits 2008 bei der Empfehlung Offener Immobilienfonds auf das Risiko hätten hinweisen müssen, dass die Fonds ihre Anteilsrücknahme aussetzen könnten. In der Vorinstanz waren die Oberlandesgerichte Dresden und Frankfurt am Main unterschiedlicher Auffassung. Ein Kapitalverlustrisiko durch Einfrierung der Fonds sei zum Kaufzeitpunkt eher theoretischer Natur gewesen, urteilte das OLG Dresden (Az. XI ZR 477/12). In Frankfurt entschieden die Richter, es habe eine generelle Pflicht bestanden, auf ein solches Risiko hinzuweisen (Az. XI ZR 130/13).

Schiffsfonds ungeeignet ● Die Volksbank Brackenheim-Güglingen muss einem Kunden voraussichtlich 450.000 Euro plus entgangene Zinsen von 2 Prozent p.a. Schadensersatz zahlen. Das Landgericht in Heilbronn stufte die Beratung als nicht anlegergerecht ein (Az. 6 O 299/13). Die Bank hatte dem Kunden, der auf der Suche nach einer Anlage zur Altersvorsorge war, im Jahr 2007 zur Investition in mehrere Schiffsfonds geraten. Diese brachten Verluste ein. Das Gericht kam zu dem Entschluss, dass die Geschlossenen Fonds zu dem Anlageziel des Kunden nicht hätten empfohlen werden dürfen. Die Bank prüft noch eine Berufung.

Lehman-Zertifikate ● Auch im Jahr sechs nach der Lehman-Pleite beschäftigt der Fall weiter die deutschen Gerichte. Das OLG Frankfurt am Main hat jetzt ein Urteil des LG Kassel aufgehoben, das die Schadensersatzklage eines Anlegers wegen Verjährung zurückgewiesen hatte (Az. 25 U 12/13). Der Kläger hatte 2007 Zertifikate von Lehman gekauft. Die beratende Sparkasse hatte für die Vermittlung einen Marketingzuschuss von der Helaba erhalten. Darüber sei nicht aufgeklärt worden, so der Anleger. Und da eine Verjährung erst ab einer solchen Aufklärung beginne, ist die Sparkasse nun verpflichtet, das Gegenteil zu beweisen. Gelingt dies nicht, muss sie Schadensersatz zahlen.

Honorarberatung vor dem Lakmustest

Teilnehmerrekord beim 9. Honorarberater-Kongress

Die Honorarberatung entwächst den Kinderschuhen und steht schon bald vor ihrer ersten echten Bewährungsprobe. Dies wurde beim Branchenkongress Ende Februar deutlich, den der Verbund Deutscher Honorarberater (VDH) in Hanau veranstaltete. Mit rund 700 Fachbesuchern und 44 Ausstellern erzielte die neunte Auflage einen neuen Teilnehmerrekord. VDH-Geschäftsführer Dieter Rauch zeigte sich mit der Resonanz dann auch äußerst zufrieden. Von Jahr zu Jahr sei die Teilnehmerzahl gewachsen – parallel zum insgesamt steigenden Anteil an Beratern, die auf Honorarbasis arbeiten. Mittlerweile seien in Deutschland rund 2.000 Honorarberater tätig. Die zunehmende Akzeptanz und die weit gediehene Entwicklung der Branche bedeuten auch Erleichterungen für die tägliche Praxis: Früher noch kaum umsetzbar, sei es heute kein Problem mehr, dem Kunden Kickbacks bei sämtlichen Finanzprodukten zurückzuzahlen, so Rauch.

Auch Ministerialrat Erich Paetz vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucher-

schutz verwies auf die gefestigte Stellung, die die Honorarberatung heute einnimmt. „Mittlerweile ist es nicht mehr entscheidend, wer in Berlin am Ruder sitzt – inzwischen sprechen sich alle Parteien für eine Förderung der Honorarberatung aus“, sagte er. Der Entwurf für die seit langem ausstehende Verordnung zum Honoraranlageberatungsgesetz sei nun in der Ressortabstimmung. Das Gesetz, das für mehr Transparenz sorgen soll, werde wie geplant zum 1. August 2014 in Kraft treten. Kunden sollen sich damit bewusster zwischen der provisionsgestützten Anlageberatung und der Honorarberatung entscheiden können. Der Markt sei so vielfältig geworden, dass Verbraucher ihn nicht mehr überblicken könnten, so Paetz. Gleichzeitig richtete der Ministerialrat auch mahnende Worte an die Branche. Die Honorarberatung genieße einen guten Ruf. „Jetzt gilt es, den Lakmustest zu bestehen“, sagte er und verwies auf eine aktuell laufende Studie zur Anlageberatung inklusive Testkäufern – auch bei Honorarberatern. **DZB**

Anlageprodukte bekommen Warnhinweis

PRIP: Anwendungsbereich um Lebensversicherungen erweitert

Die drei an den Entscheidungsprozessen der EU beteiligten Institutionen, EU-Kommission, EU-Parlament und der EU-Ministerrat (Trilog), haben sich Anfang April auf die Eckpunkte für die Einführung neuer einheitlicher Produktinformationsblätter zu Anlageprodukten geeinigt. Dabei kam es auf der Zielgeraden noch einmal zu einigen wesentlichen Änderungen gegenüber den ursprünglichen Planungen. So sollen die neuen KID („Key information documents“) nicht nur für sogenannte „Packaged Retail Investment Products“ gelten, sondern auch für Kapitallebensversicherungen. Deshalb wurde der ursprüngliche Name für den Anwendungsbereich (PRIP) um ein weiteres „I“ für „insurance-based“ erweitert. Bei den PRIIP weiterhin nicht berücksichtigt werden hingegen reine Risikoversicherungen sowie staatlich anerkannte Altersvorsorgeprodukte wie beispielsweise die Riester-Rente.

Eine weitere Neuerung ist eine gesonderte Hinweispflicht bei besonders komplexen Finanzprodukten. Sie sollen künftig mit einem Warnhinweis versehen werden: „Sie sind im Begriff ein kompliziertes Produkt zu erwerben, das nicht einfach zu verstehen ist“. Dabei ist allerdings noch nicht abschließend geklärt, bei welchen Produkten diese Regelung zur Anwendung kommen soll. In einer Stellungnahme hatte der Versicherungsverband GDV beispielsweise die Befürchtung geäußert, dass auch Kapitallebensversicherungen das Negativ-Siegel „komplex“ erhalten könnten, da offenbar grundsätzlich alle Produkte als komplex eingestuft würden, die (auch) in Anlagen investieren, welche Privatanlegern normalerweise nicht zugänglich seien. Vorbehaltlich der Zustimmung des EU-Parlaments Mitte April (nach Redaktionsschluss) ist mit einer Umsetzung bis 2016 zu rechnen. **DZB**